

ANTRAG 6.03

eingebraucht von der Jungen Generation Wien

Betrifft: Nein zu einer europaweiten Wachstumsbremse!

Die Ankündigung der Bundesregierung, eine sogenannte Schuldenbremse in Verfassungsrang zu beschließen, hat für kontroverse Debatten gesorgt. Während die Opposition aus überwiegend falschen Motiven und mit absurden Ausflüchten eine Beschlussfassung verweigerte, wird vor allem von kritischen ÖkonomInnen die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen in Frage gestellt. Neben der technischen Umsetzbarkeit (vgl. Maltznig in ZUKUNFT 12/2011) und der Warnung des Ökonomen Markus Marterbauers in seinem jüngsten Buch „Zahlen bitte“, argumentierte auch der deutsche Ökonom Achim Truger zuletzt auf Einladung der AK die Gefahr einer Schuldenbremse für aktive Konjunkturpolitik und stellte sich gegen eine „Entmündigung der Politik“.

Die schon in sich widersinnige Argumentation, die Bundesverfassung nach den Vorgaben der Finanzmärkte umzuschreiben, um sich von den Finanzmärkten unabhängig zu machen, fand durch das jüngste Downgrading Österreichs durch Standard&Poor's keine Bestätigung. In der Begründung des Downgradings betonte die Agentur sogar ausdrücklich, dass die derzeit europaweit betriebene Sparpolitik Europa in eine Rezession zu stürzen drohe. In einer Rezession wiederum sei eine Konsolidierung der Haushalte nicht zu erwarten.

Allen sachlichen Argumenten zum Trotz halten Europas Staats- und Regierungschefs aber an diesem Kurs fest. Mit einem sogenannten Fiskalpakt, der u.a. eine verpflichtende Schuldenbremse vorsieht, wird tiefgehend und nachhaltig in das europäische Vertragswerk eingegriffen, ohne das formelle Procedere für eine Vertragsänderung einzuhalten.

Frankreichs sozialistischer Präsidentschaftskandidat, François Hollande hat angekündigt, den Fiskalpakt im Falle eines sozialistischen Wahlsiegs neu verhandeln zu wollen, um der Debatte über rezessionsfördernde Kürzungspakete ein Wachstumsprogramm entgegenzustellen. Gerade auch in Hinblick auf den zu erwartenden politischen Kurswechsel in Frankreich sollte der Fiskalpakt keinesfalls voreilig ratifiziert werden.

Schuldenbremse und Fiskalpakt sind aber nicht nur ökonomisch schädlich, sie sind auchdemokratie- und europapolitisch hoch gefährlich. Europa wird von den Regierungen als Sündenbock missbraucht, um die heimischen Parlamente vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die vertraglichen Grundlagen und Kompetenzverteilungen, um die zuletzt im Vertrag von Lissabon jahrelang gerungen wurde, werden einfach umgangen, die Rechte des Europäischen Parlaments zugunsten von Rat und Kommission ausgehebelt.

Das aktuelle „Krisenmanagement“ ist daher nicht nur ökonomisch wenig erfolgversprechend, es droht auch demokratische Rechte einzuschränken und der Idee einer europäischen Einigung auf demokratischer Grundlage weiter Legitimation zu entziehen.

Der Landesparteitag fordert daher

- **Den europäischen Fiskalpakt in der derzeit vorliegenden Fassung nicht zu ratifizieren, insbesondere nicht solange die Position Frankreichs unklar ist**
- **Einen europäischen Pakt für qualitatives Wachstum und sozialen Fortschritt (Sozialpakt) auf den Weg zu bringen – eine Budgetkonsolidierung, die einseitig auf Sparen setzt, ist in der Rezession der falsche Weg.**
- **Eine innerparteiliche und öffentliche Debatte über die weiteren Krisenbewältigungsstrategien in Europa zu führen**
- **Die Budgetkonsolidierung überwiegend einnahmenseitig durch das Schließen von Steuerschlupflöcher und durch höhere Abgaben auf Gewinne und Vermögen (insbesondere eine Vermögenssteuer) und nicht durch Kürzungen im Sozialstaat zu finanzieren**
- **Die österreichische Bundesverfassung nicht nach den Launen der Finanzmärkte umzugestalten – Nein zu einer Schuldenbremse in Verfassungsrang, weil die Schuldenbremse eine Wachstumsbremse ist.**